



Hauptamt
- Kommunalen Sitzungsdienst -

- Antrag Nr. 1584, 2012, gem. SPD, Grüne - Neustadt
- Anfrage Nr. / /

Zuständigkeit: Der V Antwort bitte vorab OB z. K. geben.

Herrn Oberbürgermeister Ebling durch 16.11.12

zur Kenntnis.

PS 16/12
Oberbürgermeister

T. 20.01.13

(270/2012)

Hel 2811

17 - Umweltamt				
Eing. <u>27. Nov. 2012</u>				
00	01	02	z.K.	z.d.A.
00	01	02	03	04

Mainz, 15.11.2012
10-Hauptamt
Im Auftrag

[Handwritten signature]

Stadtdirektion Mainz
Bürgermeisteramt

23.11.2012
67

[Handwritten signature]

Bitte fertigstellen

Aktz.:

AUSZUG

aus der Niederschrift über die Sitzung
des Ortsbeirates Mainz-Neustadt am 17.10.2012

Anträge

Punkt 3 **Lärmgutachten für die Rheinallee (SPD, Bündnis 90/Die Grünen)**
Vorlage: 1584/2012

Herr J. Klomann begründet den gemeinsamen Antrag von SPD und *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* gemäß der Vorlage.

Herr Kalle schlägt vor, den Antrag dahingehend zu erweitern, dass auch die Kaiserstr. und Parcusstr. mit einbezogen werden mit dem Hinweis, dass viele LKWs von der A 63 kommend über die Kaiserstr. und Rheinallee ins Industriegebiet fahren.

Herr Siegl kann dies nur bestätigen und weist auf die Straßenschäden hin, die durch die schweren LKWs entstehen.

Herr Lange gibt zu bedenken, dass der Stadtteil an ein Industriegebiet angrenzt und erst Alternativen, wie z. B. eine dritte Rheinbrücke, die notwendige Entlastung mit sich bringen würden.

Nach kurzer weiterer Aussprache wird der Antrag mit der Ergänzung, dass die Kaiserstr. und die Parcusstr. mit einbezogen werden soll, einstimmig verabschiedet.

Zur Beglaubigung:

Schriftführung

I. Der V.
m.d.B. um Kenntnisnahme
 weitere Veranlassung

II. ~~Z.d.A.~~ / ~~Z.d.Hd.A.~~ / Wvl.: 20.01.13

Mainz, 12.11.2012
Im Auftrag: Mohr

Sozialdemokratische Fraktion
im Ortsbeirat Mainz-Neustadt

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Mainz-Neustadt



Vorlage-Nr. **1584/2012**

Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 17.10.2012

04/10/12

Lärmgutachten für die Rheinallee

Antrag: Die Verwaltung wird gebeten, das Lärmgutachten in Auftrag zu geben, das als Grundlage für das LKW-Verbot auf der Rheinschiene von der Landesregierung gefordert wird.

Begründung: Nicht nur eine Tempobegrenzung, sondern das Verbot von LKW bringt für die Anwohner eine erhebliche Lärmentlastung mit sich. Insbesondere schwere LKW, die in nicht geringer Zahl entlang der Wormser Straße, der Rheinstraße und der Rheinallee fahren, bringen eine erhebliche Lärmbelastung. Hier können nur alternative Anfahrtsrouten für eine Entlastung sorgen.

Johannes Klömann (SPD Fraktion)

Christian Gosch (Bündnis 90/Die Grünen)